

## Generaldebatte Bundeshaushalt 2014

### „Der Haushalt ist historische Zäsur“

**Die Haushaltspolitik im Bund erreicht nach vierzigjähriger pausenloser Neuverschuldung eine neue Dimension: In diesem Jahr ist die Nettokreditaufnahme mit 6,5 Milliarden Euro nur noch minimal, strukturell ist der Haushaltsentwurf bereits ausgeglichen.**



Foto: Tobias Koch

Gerda Hasselfeldt: „Es kann kein Aufweichen des Stabilitätspakts in Europa geben. Es kann auch kein Abweichen von dem geben, was in der Folge dieses Stabilitätspakts auf europäischer Ebene beschlossen wurde.“

In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2014 hat Kanzlerin Angela Merkel die zentrale Rolle Deutschlands in Europa betont. „Deutschland bleibt Stabilitätsanker und Wachstumsmotor der Eurozone und auch der gesamten Europäischen Union“, so Merkel am vergangenen Mittwoch im Bundestag. Die Wirtschaft sei schwungvoll ins Jahr 2014 gestartet. Daher erwarte die Bundesregierung ein Wachstum von etwa 1,8 Prozent, das 2015 auf zwei Prozent steigen könne. Die Nettokreditaufnahme sei mit 6,5 Milliarden Euro die niedrigste seit 40 Jahren, so die Bundeskanzlerin. Im vergangenen Jahr lag sie noch bei 22 Milliarden Euro. Merkel mahnte außerdem, dass die europäische Schuldenkrise noch nicht ausgestanden sei. Der deutsche Arbeitsmarkt steuere jedoch auf einen „Beschäftigungsrekord“ zu, so Merkel. „Die Zahl der Erwerbstätigen wird in diesem Jahr im Durchschnitt voraussichtlich

bei über 42 Millionen liegen. So schön diese Erfolge sind, so ist gleichzeitig richtig: Nachhaltige Politik muss immer nach vorne gerichtet sein“, sagte Merkel. Man müsste sich fragen: Womit verdienen wir in 5, 10 oder 20 Jahren unser Geld? Was sind die Technologien von morgen?

„Es wird keine Steuererhöhungen geben“

CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt nannte den strukturell ausgeglichenen Haushalt und den Verzicht auf neue Schulden im nächsten Jahr eine „historische Zäsur“. Zu soliden Finanzen und Stabilität gehöre aber auch, dass mit dem, was der Staat an Steuergeldern einnimmt, sauber und verantwortungsvoll gewirtschaftet werde und dass nicht bei der ersten Schwierigkeit, die sich dabei ergibt, nach Steuererhöhungen gerufen wird, so Hasselfeldt. Deshalb sei es für die CSU auch so wichtig, zu Beginn der Legislaturperiode klarzustellen: Es wird keine Steuererhöhungen geben.



Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag hat diese Woche den Haushalt für 2014 verabschiedet. Mit 6,5 Milliarden Euro sinkt die Neuverschuldung auf den niedrigsten Wert seit 40 Jahren. Ab nächstem Jahr gibt es dann erstmals seit 1969 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden.

Solide Haushalte sind eine Grundvoraussetzung für eine stabile Währungsunion. Deutschland hat seinen Haushalt nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2010 auf Vordermann gebracht. Wir halten das 3 Prozent-Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts konsequent ein und führen den gesamtstaatlichen öffentlichen Schuldenstand vom Höchststand 2010 mit 82,5 Prozent Schritt für Schritt zurück in Richtung 60 Prozent des BIP.

Die Schuldenpolitik in einigen EU-Staaten hat die EU dagegen in den letzten Jahren in die tiefste Krise ihrer Geschichte gestürzt. Um eine neue Krise zu vermeiden, ist es deshalb von entscheidender Bedeutung, dass die verschärften Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts strikt eingehalten werden. Wir dürfen die Fehler von Rot-Grün mit dem Aufweichen des Stabilitätspakts vor knapp 10 Jahren nicht wiederholen, nur weil sozialistische Regierungen in Frankreich und Italien nicht in ausreichendem Maße reformfähig oder reformwillig sind. Eine Änderung der geltenden Regeln kann es mit uns nicht geben, der Pakt ist bereits flexibel genug.

Die Einhaltung der selbst gesetzten Regeln ist eine Frage der Glaubwürdigkeit – in Fragen der Euro-Stabilität genau so wie in anderen Fragen wie etwa der EU-Erweiterung. Wir dürfen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen wichtigen Fragen keinesfalls enttäuschen!

Mit freundlichen Grüßen



Florian Oßner MdB

Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

## EEG-Reform nimmt wichtige Hürde im Parlament

Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes schafft den notwendigen Rahmen, um den Anteil der Erneuerbaren Energien (EE) an der Stromversorgung bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent zu steigern. Hierzu sieht der Gesetzentwurf folgende wesentliche Punkte vor.

- ◆ Es wird ein gesetzlicher Ausbaupfad für die einzelnen EE-Technologien verankert. Um diese Ausbauziele zu erreichen, werden neue Instrumente der Mengensteuerung eingeführt.
- ◆ Der weitere Ausbau der EE wird stärker auf die kostengünstigen Technologien konzentriert.
- ◆ Die finanzielle Förderung der EE wird spätestens 2017 wettbewerblich über technologiespezifische Ausschreibungen ermittelt.
- ◆ Die Integration der EE in den Strommarkt wird vorangetrieben, indem die Direktvermarktung grundsätzlich verpflichtend wird.
- ◆ Des Weiteren sieht der Gesetzentwurf Änderungen vor, die zu einer angemessenen Verteilung



Foto: picture alliance/bildagentur-online

der Kosten des Ausbaus der EE führen sollen.

### Wie ist der Stand der EEG-Reform und wie geht es weiter?

Am 8. April 2014 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur EEG-Reform beschlossen. Die erste Lesung im Bundestag fand am 8. Mai 2014 statt. Am 23. Mai 2014 hat sich der Bundesrat in einem ersten Durchgang

mit dem Gesetz befasst. Am 2. Juni 2014 fand eine Expertenanhörung im Bundestag statt. Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat das EEG-Änderungsgesetz am 24. Juni 2014 beschlossen. Der Bundestag hat das geänderte EEG am 27. Juni 2014 diskutiert. Der zweite Durchgang im Bundesrat ist für den 11. Juli 2014 geplant. In Kraft treten soll das Gesetz am 1. August 2014.

### Diese Woche

Generaldebatte Bundeshaushalt 2014 „Der Haushalt ist historische Zäsur“	1
Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) EEG-Reform nimmt wichtige Hürde im Parlament	2
Bundestags-ABC Was ist eigentlich eine Haushaltswoche?	2
Euro für Litauen Ja zur Euroeinführung	3
Armutszuwanderung Expertengespräch	3
Ernährung und Landwirtschaft „Verlässlichkeit für Bauernfamilien“	3
Verkehr und digitale Infrastruktur Größter Investitionsetat	3
Bundeswehreinsetze In Mali und im Libanon	4
Lebensversicherung Verbraucher schützen	4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Ziel: Eine Welt ohne Hunger	4
Geburtstagsempfang für Dr. Peter Gauweiler Ein Intellektueller in Lederhosen	4

IMPRESSUM:  
Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Pleyer Landshut  
Verantwortliche Redakteurin: Christina Harbusch 11011 Berlin · Platz der Republik 1  
Telefon: (030) 227 - 70212  
Telefax: (030) 227 - 76712  
e-mail: bab@cducsu.de  
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

### Bundestags-ABC

## Was ist eigentlich eine Haushaltswoche?

Die aktuelle Sitzungswoche steht ganz im Zeichen der Haushaltsdebatten. Doch was ist eigentlich die Haushaltswoche und was wird diskutiert?



Foto: picture alliance/chromorange

Haushalte, Einzelpläne und Generaldebatte sind nur einige der Schlagworte, die diese Sitzungswoche bestimmen. Die Haushaltswoche ist ein zentraler Termin im parlamentarischen Kalender. In dieser Woche wird über die Haushalte der Bundesministerien und damit über die finanzielle Basis der politischen Arbeit debattiert. Dabei sprechen die Bundesminister selbst und stellen ihre Haushalte und damit ihre politischen Vorhaben dar, über die dann vom Plenum einzeln abgestimmt wird. Am Ende der Woche wird über den gesamten Haushalt in 3. Lesung endgültig entschieden.

Höhepunkt der Haushaltswoche ist die Diskussion um den Etat des Bundeskanzleramtes. Hier findet die grundsätzliche Auseinandersetzung um die Politik der Bundesregierung statt. Daher wird dieser Diskussionspunkt auch als Generaldebatte bezeichnet. Neben Kanzlerin Angela Merkel kommen die Fraktionsvorsitzenden zu Wort, so auch die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt: Im engeren Sinne ist die Generaldebatte also keine Debatte um einzelne Etatansätze und Einzelposten, sondern der große politische Schlagabtausch um die Leitlinien der Regierungspolitik.

## Euro für Litauen



Foto: picture alliance/chromorange

## Ja zur Euroeinführung

Der Bundestag hat einen Antrag zur Herstellung des Einvernehmens von Bundestag und Bundesregierung zum „Begehren der Republik Litauen, der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beizutreten und den Euro als Umlaufwährung einzuführen“ beschlossen. Damit erklärte sich der Bundestag damit einverstanden, dass die Bundesregierung die Einführung des Euro in Litauen zum 1.1.2015 unterstützt und das Land ermutigt, „den eingeschlagenen Weg zur dauerhaften Sicherung stabiler öffentlicher Finanzen und einer Politik der Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fortzusetzen“.

## Armutszuwanderung



Foto: Christian Luckner

## Expertengespräch

Beim Thema Armutszuwanderung besteht dringender Handlungsbedarf, wie ein Expertengespräch aufgezeigt hat. „Wir sehen uns bestätigt, dass es ein Problem gibt und der Gesetzgeber dringend tätig werden muss“, so Tobias Zech, Berichterstatter im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Zusammen mit dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Unionsfraktion Karl Schiewerling hatte er zum Fachgespräch eingeladen. An Lösungen interessiert diskutierten rund 40 Fachpolitiker mit den Referenten Uwe Lübking vom Städte- und Gemeindebund, Sozialrichterin Dr. Andrea Loose und dem Leiter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit Dr. Armin Rolfink.

## Ernährung und Landwirtschaft

### „Verlässlichkeit für Bauernfamilien“

**Das Budget für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft bleibt nahezu unverändert. Der zuständige Bundesminister Christian Schmidt (CSU) soll rund 5,3 Milliarden Euro ausgeben dürfen. Zum Vergleich: 2013 betrug der Etat insgesamt 5,27 Milliarden Euro.**

Den Kern des Agrarbudgets bildet die Sozialpolitik, die rund 70 Prozent der Aufwendungen ausmacht. Das sind rund 3,7 Milliarden Euro für die Alters-, Kranken- und Unfallversicherung der Land- und Forstwirte. Insgesamt 600 Millionen Euro stellt der Bund für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) zur Verfügung. Die Mittel, die zusammen mit weiteren Zuschüssen der Bundesländer und der Europäischen Union ein Volumen von über zwei Milliarden Euro betragen, dienen der Förderung des ländlichen Raumes und der Verbesserung des Hochwasserschutzes. „Wir haben damit für 2014 Verlässlichkeit für Bauernfamilien und Verbraucher geschaffen. Der Haushalt steht für die bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft, für die



Foto: Thomas Lothar

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt.

Sicherung gesunder Lebensmittel, für den Schutz des Waldes durch Nutzung und für attraktive ländliche Räume“, so Landwirtschaftsminister Schmidt. Die soziale Sicherung der Bauernfamilien und eine geregelte Hofnachfolge seien wesentliche Säulen für eine zukunftsfeste Landwirtschaft in Deutschland.

## Verkehr und digitale Infrastruktur

### Größter Investitionsetat

**Am Freitag hat der Bundestag den Etat für das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beschlossen. Die Gesamtausgaben werden in diesem Jahr 22,86 Milliarden Euro betragen. Im Regierungsentwurf waren noch 22,78 Milliarden Euro vorgesehen.**

Für Investitionen sind in diesem Jahr 12,52 Milliarden Euro reserviert. Damit bleibt der Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur der größte Investitionsetat. Zudem sind für Zuweisungen und Zuschüsse in diesem Jahr knapp 6,8 Milliarden Euro vorgesehen. Für Personal sind nach den Ausschussberatungen 1,47 Milliarden Euro und für die sächlichen Verwaltungsausgaben 2,05 Milliarden Euro eingeplant. Bei den Beratungen im Haushaltsausschuss gab es zahlreiche Umschichtungen in diesem Etat. So kürzten die Abgeordneten einige Titel um insgesamt 298,25 Millionen Euro und erhöhten an anderer Stelle die Ansätze des Regierungsentwurfs um 376,94 Millionen Euro. Insgesamt ergibt dies eine Erhöhung gegenüber dem Regierungsentwurf um 78,69



Foto: Henning Schacht

Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt

Millionen Euro. Die Einnahmen, die zum größten Teil aus der Lkw-Maut stammen, sollen in diesem Jahr 5,19 Milliarden Euro betragen. Das sind acht Millionen Euro weniger als im Regierungsentwurf eingeplant und 540,25 Millionen Euro weniger als im vergangenen Jahr eingenommen wurde.

## Bundeswehreinätze



Foto: picture alliance/dpa/dpaweb

### In Mali und im Libanon

Der Bundestag hat die Verlängerung von zwei Bundeswehrmandaten beschlossen. Dies betrifft die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) sowie die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Libanon“ (UNIFIL). Der Mali-Einsatz soll zunächst längstens bis Ende Juni 2015 dauern. Insgesamt ist geplant, bis zu 150 Soldaten zu entsenden. Im Libanon sollen sich die deutschen Streitkräfte mit maximal 300 Soldaten weitere zwölf Monate an der Unifil-Mission beteiligen.

## Lebensversicherung



Foto: picture alliance/Themendienst

### Verbraucher schützen

Der Bundestag hat in 1. Lesung Maßnahmen zur Stabilisierung des gesamten Lebensversicherungssektors in Deutschland diskutiert, denn das niedrige Zinsniveau betrifft jeden Verbraucher und professionellen Anleger. Sie müssen sich bei risikoarmen Anlagen mit einem nur sehr geringen Zins zufriedengeben. Dies führt zu einem langsamen, aber unabwendbaren Verzehr der Eigenmittel und damit zu einer massiven Schwächung eines Versicherungsunternehmens. Es besteht die Gefahr, dass garantierte Leistungen für die Versicherten langfristig nicht erfüllt werden können. Mit dem Maßnahmenpaket soll diesem Prozess entgegengesteuert werden.

## Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

### Ziel: Eine Welt ohne Hunger

**Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller (CSU) kann in diesem Jahr 6,44 Milliarden Euro ausgeben, rund 147,2 Millionen Euro mehr als 2013. Das sieht der Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vor.**

Ein Großteil der Mittel wird für die bilaterale staatliche Zusammenarbeit aufgewendet. Rund 3,07 Milliarden Euro sind hierfür 2014 vorgesehen, 110,36 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Im Einzelnen entfallen auf den Bereich der bilateralen technischen Zusammenarbeit 1,31 Milliarden Euro. Mit den Mitteln fördert das BMZ entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben in Kooperationsländern. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen und besonders auch ärmerer Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Im Zuge der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit fördert das BMZ entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben in den Kooperationsländern, unter anderem durch die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen. Hierfür sind rund 1,55 Milliarden Euro vorgesehen. Die deutsche Entwicklungs-



Foto: Gerd Müller

Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller

politik will darüber hinaus insbesondere mit Sonderinitiativen Akzente setzen. Mit der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ will das BMZ dazu beitragen, den Hunger und die Mangelernährung zu bekämpfen und die ländliche Entwicklung als wichtigste Voraussetzung für Ernährungssicherung zu stärken. 70 Millionen Euro sind hierfür erstmals im Etat vorgesehen.

## Geburtstagsempfang für Dr. Peter Gauweiler

### Ein Intellektueller in Lederhosen

**Die CSU-Landesgruppe hat Dr. Peter Gauweiler zum 65. Geburtstag gratuliert und zu einem Empfang zu seinen Ehren eingeladen.**

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt nannte Gauweiler eine „Ausnahmeerscheinung“, die durch ihre Wortgewalt und ihren Intellekt immer wieder kontroverse Debatten anstoße und engagiert begleite. Peter Gauweiler sei als „wirklicher Überzeugungstäter“ manchmal eine Herausforderung für die Landesgruppe, stehe aber in besonderer Weise für die Vielfalt und die Bandbreite einer echten Volkspartei wie der CSU. Die Landesgruppenvorsitzende würdigte die politische Lebensleistung Gauweilers in seinen Stationen als Münchens jüngster Stadtrat, Kreisverwaltungsreferent der Landeshauptstadt, Innenstaatssekretär, Mitglied des Landtages, Staatsminister und schließlich als Mitglied des Bundestages.

Sie erinnere sich noch gut, wie „Du mich als RCDS-Vorsitzender an



Foto: CSU-Landesgruppe

Kennen sich bereits aus ihrer Zeit beim RCDS: Gerda Hasselfeldt und Dr. Peter Gauweiler

der LMU inspiriert hast, als ich als Mädchen vom Land nach München in den Studentenring kam“. Hasselfeldt dankte Gauweiler für dessen großen Einsatz in der auswärtigen Kulturpolitik. Gleichzeitig habe er stets über seine fachpolitische Arbeit hinausgewirkt – als streitbarer Kopf, als versierter Kläger in Karlsruhe und auch als leidenschaftlicher Anwalt.